

So macht man keinen Frieden – Kritische Anmerkungen zu Sicherheitsentwürfen der „Genfer Initiative“

von Shlomo Avineri¹

Am 24. Juli 2009 haben die palästinensischen Teams der „Genfer Initiative“ die Debatten um jenen Teil des Vertragsentwurfes abgeschlossen, der sich mit den israelischen und palästinensischen Sicherheitsinteressen für den Fall einer endgültigen Vertragsregelung befasst. Die Zugänge zur Jerusalemer Altstadt sollen frei sein, die Altstadt selbst von einer internationalen Truppe kontrolliert werden. Das Papier sei in den vergangenen Wochen im Weißen Haus, im Pentagon sowie in den Außenministerien Frankreichs, Großbritanniens, Ägyptens und Jordaniens hin und her gewendet worden. Der Stabschef von US-Präsident Barack Obama, Rahm Emanuel, soll schon jetzt erklärt haben, dass die „Genfer Initiative“ die Grundlage für die Endstatus-Regelung biete. Der entsprechende Anhang X des Dokumentes fehlte bislang.

Der frühere Kartograph der „Genfer Initiative“, Shaul Arieli, ergänzte in einem Beitrag für „Haaretz“ am 27. Juli 2009, dass der Gebietsaustausch 4,5 Prozent ausmachen könne, wodurch achtzig Prozent der Siedler unter israelischer Souveränität bleiben würden, dass die arabischen Stadtviertel in Ost-Jerusalem der palästinensischen Souveränität unterstellt und dass das „Heilige Bassin“ – die Altstadt plus Kidron-Tal und Teile des Ölbergs – in ein „special regime“ überführt würden. Die künftigen Verhandlungen sollten parallel auf mehreren Ebenen stattfinden: eine schrittweise Fortsetzung des Aufbaus des Staates Palästina; ein Abbau der illegalen Außenlager der Siedlungen; ein begrenzter Ausbau in den Siedlungen; der Abbau der Straßensperren und die Förderung genehmigter palästinensischer Wirtschaftsprojekte; Schritte auf dem Weg der „Normalisierung“ der Beziehungen der arabischen Staaten zu Israel gemäß den Fortschritten im Verhandlungsprozess; schließlich die Aufrechterhaltung und Stärkung der Waffenruhe im Gazastreifen sowie die effiziente Überwachung der Grenzübergänge durch die Palästinensische Autonomiebehörde und durch internationale Institutionen.

Am 2. August 2009 äußerte sich Shlomo Avineri kritisch zu jenem sicherheitspolitischen Teil des Vertragsentwurfs unter dem Titel „So macht man keinen Frieden“, wobei eine gewisse Sympathie für die „Genfer Initiative“ insgesamt nicht zu übersehen ist. Der Autor, im damaligen Bielitz (Schlesien) geboren und seit 1939 im damaligen britischen Mandatsgebiet Palästina lebend, studierte Geschichte und Sozialwissenschaften an der Hebräischen Universität in Jerusalem und an der „London School of Economics“, bevor er 1973 eine Professur für Politikwissenschaften in Jerusalem übernahm. Zwischen 1975 und 1977 war er unter Shimon Peres Generalsekretär im Auswärtigen Amt. 1996 erhielt Avineri die höchste zivile Auszeichnung, den „Israel Prize“. Da seit jenen 24. Juli 2009 die israelischen und internationalen Debatten zur Bedeutung der „Genfer Initiative“ als Grundlage für die Komplexität künftiger Verhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern um den Endstatus wieder an Fahrt gewonnen haben, soll in Zukunft das öffentliche Für und Wider dieses Friedensvertragsentwurfs in dieser Homepage dokumentiert werden. Wir beginnen mit dem Beitrag Avineris. Reaktionen wie die von Shaul Arieli in „Haaretz“ am 09.08.2009 („That’s the way to make peace“) sowie tagespolitische Vorgänge um die „Genfer Initiative“ finden Sie in der Menüleiste „Chronologie“.

Kürzlich sind Einzelheiten über den „Sicherheitsentwurf“ der „Genfer Initiative“ veröffentlicht worden, für den palästinensische und israelische Persönlichkeiten verantwortlich sind. Von palästinensischer Seite waren offizielle Angehörige der Palästinensischen Autonomiebehörde beteiligt, während es bei den Israelis hohe Offiziere der Reserve² waren, die heute keine offizielle Funktion innehaben.

Beim Lesen fällt es schwer, sich zwischen Weinen und Lachen zu entscheiden. Was jedoch klar ist: Damit kann man keinen Frieden machen. Zusätzlich ist klar, dass – wenn man Sicherheitsangelegenheiten früheren Offizieren überlässt, selbst wenn sie gutwillig sind (und die „Genfer Initiative“ unterstützen) – sie nur in der Lage sind, den Frieden durch den Gewehrlauf zu sehen. Das Dokument ist kein Dokument für den Frieden, sondern eher ein Entwurf für einen bewaffneten Waffenstillstand, der das Leben in Israel und im palästinensischen Staat unter gegenseitige Belagerung stellt, die voller Verdächtigungen und Drohungen ist.

Dies sind einige Beispiele dafür, wie die Sicherheitsaspekte der „Genfer Initiative“, ohne die politischen Fragen anzusprechen, die Idee des Friedens zu einem schlechten Scherz machen.

Der palästinensische Staat würde drei Straßen haben, auf denen Israelis ohne einen Pass reisen können, zu denen die Straße 443³ von der Makkabim-Kreuzung zur Zufahrt nach Jerusalem gehört. Ein Israeli, der auf dieser Straße fahren möchte, muss über eine GPS- und SOS-Ausrüstung verfügen. Das gilt besonders für diejenigen, die in Modiin wohnen und in Jerusalem arbeiten. Für sie ist es keine Friedensgrenze im eigentlichen Sinne.

Der Grenzübergang in Jerusalem würde an der Kreuzung French Hill liegen: Ein Palästinenser, der nach Jerusalem will, würde zwei Grenzübergänge [„Terminals“] passieren müssen, einen israelischen und einen palästinensischen, die durch einen unterirdischen Gang miteinander verbunden wären. Danach könnte er den Regionalzug nach Jerusalem besteigen. Man kann annehmen, dass der israelische Übergang von [israelischem] Sicherheitspersonal besetzt wäre: Auch das also ist keine richtige Friedensgrenze.

In der Altstadt würde faktisch ein internationales Statut herrschen: Israelis und Palästinenser könnten ohne Passpapiere in die Stadt, aber innerhalb der Mauern wären zwei internationale Einheiten stationiert. Es ist unklar, wer für den Frieden für die Beter an der Mauer [Klagemauer] sorgt oder wer extremistische Juden daran hindern würde, auf das Areal des Tempelbergs vorzudringen. In einem utopischen Staat könnten solche internationalen Vorkehrungen funktionieren, doch in der Realität gibt es sie nirgends auf der Welt. Bleibt bei Israel irgendeine Verantwortung für die [jüdischen] Bewohner der Altstadt, oder würden sie unter der Jurisdiktion der internationalen Truppe stehen? Einen solchen Unsinn nennt man Internationalismus.

Im Jordantal würde eine israelische Infanterie-Einheit stationiert bleiben, und entlang der Grenze zu Jordanien würden drei internationale Bataillone stehen, eine weitere Einheit an der Philadelphi-Route gegenüber Ägypten [im Sinai]. Die Anwesenheit einer solch massiven internationalen Militärpräsenz gibt es nirgendwo an den Grenzen eines Staates in der Welt, der friedliche Beziehungen zu seinem Nachbarn unterhält.

Der Staat Palästina wäre ohne Militär, doch unter dieser Ebene gäbe es Polizei, Seepolizei, nationale Sicherheitskräfte, einen inneren Sicherheitsapparat, Grenzpolizei und andere Sicherheitsapparate. Sie wären nur mit leichten Waffen ausgestattet, und wenn sie Waffen zur Auflösung von Demonstrationen brauchen würden, müssten sie sich an die internationale Truppe wenden, die sie damit versorgt. Wer darauf vertraut, dass ein solcher Apparat unter Druckbedingungen funktionstüchtig ist, hat wahrscheinlich nie sein akademisches Schreibpult verlassen.

Kurzum, eine Militarisierung würde installiert werden, die für den Frieden weder effektiv noch praktisch wäre. Klar ist, dass jedes Frühwarn- und Sicherheitssystem Teil einer Vereinbarung sein muss, aber ein schwerfälliges, multidimensionales und militärisch ausgerichtetes System wie dieses ist ein Rezept, das nicht dem Frieden dient, sondern zu Reibungsflächen und Missverständnissen einlädt. Es würde dazu führen, dass das israelische und das palästinensische Volk zahllosen miteinander rivalisierenden militärischen, lokalen und internationalen Einrichtungen ausgeliefert wären. Es ist zu hoffen, dass die US-Administration das

verstehen für den Fall, dass dieses absonderliche Programm ihr jemals vorgelegt wird.

¹ Der Beitrag erschien am 02.08.2009 in der Zeitung „Haaretz“. Die englischsprachige Version („That’s no way to make peace“) wurde in einer leicht verkürzten Version reproduziert, so dass sich die folgende Übertragung am hebräischsprachigen Original orientiert. Im Zweifelsfall ist die hebräische Version zugrunde gelegt worden. Die Übersetzung stammt von Judith & Reiner Bernstein.

² Gemeint sind Generalmajor Shlomo Brom und Oberst Shaul Arieli. Beide gehören zu den ursprünglichen Mitgliedern des israelischen Teams der Genfer Initiative, s. Reiner Bernstein: Von Gaza nach Genf. Die Genfer Friedensinitiative von Israelis und Palästinensern. Schwalbach / Ts. 2006.

³ Die vierspurig ausgebaute Straße 443 – westlich zur Hauptstrecke („Route 1“) zwischen Jerusalem und Tel Aviv liegend – verbindet Modiin mit Jerusalem und Tel Aviv. Seit September 2000, dem Ausbruch der zweiten „Intifada“, bis heute ist die Straße für Palästinenser gesperrt.